

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 29. Januar 2019

## Aktuelle Stunde

Nach dem Nein des britischen Parlaments zum Brexit-Deal droht ein harter Austritt des Landes aus der EU. Über mögliche Konsequenzen für NRW beriet der Landtag in einer Aktuellen Stunde. S. 3

## Plenum

Tierschutz, Hochschulen, der Ausbau der Photovoltaik und die Amokfahrt in Bottrop und Essen – diese und weitere Themen standen auf der Tagesordnung der Plenartage im Januar. S. 4-5

## Landtag Intern wird 50

Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. Zum Jubiläum berichtet die Redaktion über Entwicklung und Hintergründe der Parlamentszeitschrift. Teil 1: die Geschichte der ersten Ausgabe. S. 10-11

## Ausschüsse

Der Stand der Diabetes-Erkrankungen an Rhein und Ruhr, der Jugendaustausch mit Frankreich und Polen und die Ausbildung von Notfallsanitätern haben die Fachausschüsse im Januar beschäftigt. S. 14

## Gebucht statt gemietet

### Streit um Zweckentfremdung von Wohnraum

# INHALT

Foto: Schälte



## Mietwohnungen als Ferienapartments

Anhörung zur Zweckentfremdung in Ballungsräumen ..... S. 7

Standpunkte ..... S. 8

## Aus dem Plenum

Sorge vor hartem Brexit ..... S. 3

Meldungen ..... S. 4

Gesetzgebung ..... S. 6

## Forum

„Das Parlament der  
Geheimniskrämerei ist tot“ ... S. 10

Aus den Fraktionen ..... S. 12

Aus den Ausschüssen

Meldungen ..... S. 14

## Im Porträt

Andreas Keith (AfD) ..... S. 15

Kurz notiert ..... S. 16

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 25. Januar 2019, 12 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Sorge vor hartem Brexit

## Aktuelle Stunde zum Austritt Großbritanniens aus der EU

23. Januar 2019 – Welche Folgen hätte ein unregelmäßiger Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) für Nordrhein-Westfalen? Wie bereitet sich die Landesregierung auf einen solchen „harten Brexit“ vor? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Hintergrund: Die Abgeordneten des Unterhauses hatten die zwischen der britischen Regierung und der EU ausgehandelte Vereinbarung zum Austritt mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Austritt soll am 29. März 2019 wirksam werden.

Zwei Anträge lagen der Aktuellen Stunde zugrunde: „Nach der Ablehnung des EU-Austrittsabkommens durch das britische Unterhaus: Wie bereitet die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf einen möglichen harten Brexit vor?“ (Grüne, [17/4884](#)) sowie „Kommt der ‚Hard Brexit‘ und wie hart wird er für NRW?“ (AfD, [17/4887](#)). Bereits am 21. Januar 2019 hatte sich der Ausschuss für Europa und Internationales in einer Sondersitzung mit dem Thema befasst.

Die Opposition versuche seit Monaten, von der Landesregierung Informationen über einen geregelten oder auch unregelmäßigen Brexit zu bekommen, sagte [Johannes Remmel](#) (Grüne). Dabei gebe es eine „Bringschuld der Regierung“, etwa

kommen im britischen Unterhaus gescheitert ist, sei kein Wunder, sagte Tritschler. Es hätte „das Vereinigte Königreich zu einem Vasallenstaat gemacht“. Die Landesregierung müsse nun ihren Einfluss in Berlin und Brüssel nutzen und sich für ein „faires Austrittsabkommen“ starkmachen. Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, müsse man als Demokrat anerkennen.

### „Schlimme Fehlentscheidung“

[Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU) bewertete den Brexit als „bedauerlich“ und eine „schlimme Fehlentscheidung“ des britischen Volkes. Es sei

[Santos Herrmann](#) (SPD): „Die Landesregierung verschläft leider weiter die Entwicklung.“ Bundesländer wie Hessen und Niedersachsen seien deutlich weiter und begnügten sich nicht mit der Aussage, die Gestaltung des Brexit sei überwiegend Aufgabe des Bundes; sie gingen „proaktiv“ vor. „Das fehlt hier in Nordrhein-Westfalen leider völlig.“ Auf der Strecke blieben die Sorgen vieler Menschen um ihren Arbeitsplatz – etwa beim Automobilhersteller Ford, aber auch bei vielen kleinen und mittleren Betrieben.

„Für meine Generation ist Europa kein Projekt, aus dem man wieder austreten kann. Für meine Generation ist Europa Tatsache, Zukunft und Herzensangelegenheit“, betonte [Moritz Körner](#) (FDP). „Was ist, wenn nach ‚America first‘, nach ‚Brasil first‘, nach ‚Italy first‘ niemand mehr ‚second‘ sein will? Dann kämpfen wieder Nationalinteressen gegeneinander, dann führen wir wieder Krieg“, warnte er. Die Landesregierung bereite sich auf alle Szenarien vor, ebenso wie 88 Prozent der betroffenen Unternehmen. Fest stand für Körner, dass die Personenfreizügigkeit niemals aufgegeben werden dürfe.



Fotos: Schälte

Johannes Remmel (Grüne)

Sven Tritschler (AfD)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Susana dos Santos Herrmann (SPD)

Moritz Körner (FDP)

Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (CDU)

in Form einer Unterrichtung des Landtags oder einer Regierungserklärung. Remmel fragte, warum die Landesregierung keine Strategie vorlege. Am Anfang habe sie auf den Brexit-Beauftragten gesetzt, dessen Arbeitsergebnisse seien aber „dünn“. In Schulen, beim Zoll, an Flughäfen, in Reisebüros, in Vereinen und Hochschulen fragten sich die Menschen, was nach dem 29. März 2019 passieren werde.

[Sven Tritschler](#) (AfD) warf der Landesregierung „Ideenlosigkeit“ vor. Zehntausende Arbeitsplätze und Existenzen in Nordrhein-Westfalen hingen unmittelbar an den Handelsbeziehungen zu Großbritannien. Dass das Ab-

beklemmend zu sehen, wie die politische Elite eines Landes, das „mit als Wiege der Demokratie anzusehen ist“, aktuell „kollektiv versagt“. Die Europäische Union habe eine konsequente und faire Trennung vorgeschlagen. Nordrhein-Westfalen wiederum sei eingebunden in das, was die Bundesrepublik – auch in Brüssel – mit den Briten verhandle. „Wir werben weiter um den Verbleib unserer britischen Freunde in der EU.“ Auch nach dem Brexit bleibe die Hand ausgestreckt.

Über Monate habe es die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen versäumt, das Land auf den Brexit vorzubereiten, kritisierte [Susana dos](#)

Europaminister [Dr. Stephan Holthoff-Pförtner](#) (CDU) warnte vor einer Scheindiskussion. „Wenn Europa verhandelt, kann nicht irgendein Bundesland noch mitverhandeln. Das ist das System, das uns seit 70 Jahren Frieden gebracht hat. Das ist ein System, das uns Väter und Großväter gegeben haben, die zwei Weltkriege mitgemacht haben und deren größtes Bestreben es war, dass nie wieder in Europa und von Europa ein Krieg ausgeht“, argumentierte er. NRW unterhalte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch freundschaftliche Verbindungen zu Großbritannien. Es gelte, dort die pro-europäischen Kräfte zu stärken.

*zab, tob, sow*



## Strom durch Sonne

23.1.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP setzen sich für einen Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern ein. Mit diesen Anlagen wird aus Sonnenenergie Strom erzeugt. In ihrem Antrag „Potenziale der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen ausschöpfen – Energie-wende stärken“ ([17/4632](#)) heißt es u. a., dass im Land bislang nur 2,8 Prozent des Stromverbrauchs aus solchen Dachanlagen erzeugt würden. Länder wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen wiesen einen höheren Ausbaustand auf. Das Potenzial für die Solarenergie sei „riesig“. Die Landesregierung wird u. a. aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, um den Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen zu beschleunigen. Zudem soll auch die Installation auf Dächern öffentlicher Gebäude geprüft werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen.

## Mütter und Start-ups

23.1.2019 – Der Landtag hat sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Unternehmensgründung befasst. Laut Antrag der SPD-Fraktion ([17/4806](#)) geben besonders häufig Mütter die geplante Gründung eines Unternehmens auf, weil die zeitliche Belastung zu groß sei. „Hier liegt viel Potenzial brach“, heißt es im Antrag. Die Fraktion fordert deshalb, Familien in dieser Situation zu unterstützen, und wirbt für einen flächendeckenden Ausbau von haushaltsnahen Dienstleistungen durch ein Gutscheinsystem und für Kinderbetreuungsangebote an flexibel genutzten externen Arbeitsplätzen, sogenannten Coworking-Spaces. Außerdem soll die Landesregierung eine mögliche Kinderkomponente beim Gründungszuschuss prüfen und Beratungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Unternehmensgründung schaffen. Der Landtag hat den Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD stimmte für den Antrag, die Grünen-Fraktion enthielt sich.

## Kampf gegen Rassismus

23.1.2019 – Die Fraktionen der SPD und der Grünen fordern in einem gemeinsamen Antrag Konsequenzen aus der Amokfahrt in Bottrop und Essen in der Silvesternacht („Rassistischer Anschlag in Bottrop und Essen: Rechts motivierte Gewalt wirksam bekämpfen“, [17/4797](#)). Die Ermittler gehen davon aus, dass der Tatverdächtige aus rassistischer Motivation mehrmals mit seinem Fahrzeug in Menschengruppen gefahren war. Acht Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Fraktionen rufen die Landesregierung u. a. auf, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter zu stärken. Die Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses zu den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) aus der vorangegangenen Legislaturperiode müssten „vollumfänglich“ umgesetzt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen. Ein Entschließungsantrag der AfD ([17/4909](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

## Kosten von G9

23.1.2019 – Die Landesregierung will den kommunalen Schulträgern die Kosten erstatten, die durch die beschlossene Rückkehr zum neun-jährigen Bildungsgang an Gymnasien (G9) entstehen. Der Landtag beriet in erster Lesung über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung („Belastungsausgleichsgesetz G9“, [17/4832](#)). Es geht dabei sowohl um Investitionskosten beispielsweise für weitere Räume als auch um wiederkehrende Sachkosten wie Schülerfahrtkosten. Der Entwurf wurde nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

## Hochschulgesetz

24.1.2019 – Ein neues Hochschulgesetz soll „die Autonomie und die eigenverantwortliche Gestaltungskraft der nordrhein-westfälischen

Hochschulen“ wiederherstellen. Das fordert die Landesregierung in einem Gesetzentwurf, über den das Plenum in erster Lesung beraten hat ([17/4668](#)). Das geänderte Gesetz solle die Hochschulen in Trägerschaft des Landes „schnell von zentraler Steuerung durch das Land und von unnötigem bürokratischem Aufwand befreien“. Das gelte besonders für „Rahmenvorgaben, für das Durchgriffsrecht des Ministeriums auf das Hochschulmanagement und für die Pflicht zur Aufnahme von Zivildienstleistungen in die Grundordnungen der Hochschulen sowie für die Vorgaben des Landeshochschulentwicklungsplans“. Diese Regelungen sollen laut Gesetzentwurf abgeschafft werden. Hochschulen sollten „eigenverantwortlich entscheiden und mit dem Land künftig partnerschaftlich über die richtigen Ideen und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft verhandeln können“. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss (federführend) überwiesen.

## Tierhaltung in NRW

24.1.2019 – Eine Große Anfrage zum Thema „Tierhaltung und Tierschutz“ war Gegenstand einer Debatte im Landtag. Die Fraktion der Grünen hatte der Landesregierung einen umfangreichen Fragenkatalog ([17/2907](#)) vorgelegt. Darin geht es u. a. um Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten in der Nutztierhaltung, Tierschutz, Krankheiten und Nottötungen sowie Neuerungen in der Schweinehaltung wie die Betäubung von Ferkeln vor der Kastration. In NRW werden laut Grünen-Fraktion mehr als ein Viertel der bundesweit 27 Millionen Schweine gehalten, außerdem 1,4 Millionen Rinder, 11,5 Millionen Hühner, 1,5 Millionen Puten und rund 300.000 Gänse und Enten. Da ein Großteil der Gesellschaft die gegenwärtigen Zustände insbesondere der Schweine- und Geflügelmastanlagen ablehne, sei es folgerichtig, die Tierhaltung neu zu gestalten. Auch die Landesregierung sieht Reformbedarf und erteilt in ihrer schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage ([17/4314](#)) Auskunft auf insgesamt 190 Seiten.



## Gefahr „Toter Winkel“

24.1.2019 – Lkw und Busse sollen nach Willen der AfD-Fraktion künftig verpflichtend mit sogenannten Abbiegeassistenzsystemen ausgestattet werden. In ihrem Antrag „Verpflichtender Einbau von Abbiegeassistenzsystemen in Lkw und Bussen zur Reduzierung von Unfallrisiken durch ‚tote Winkel‘“ ([17/4805](#)) fordert die Fraktion u. a. eine Bundesratsinitiative, um eine Einbaupflicht gesetzlich zu verankern. Die Systeme warnen Lkw- und Busfahrer akustisch und optisch, wenn sich Personen im toten Winkel befinden. So sollten Unfälle verhindert werden. Besonders gefährdet seien Kinder. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

## Stau-Debatte

24.1.2019 – Die Entwicklung der Stausituation in NRW hat den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Anlass für die Anträge der SPD ([17/4885](#)) und der AfD ([17/4888](#)) waren Zahlen zur Entwicklung 2018. Laut ADAC hätten die Staus um 6,4 Prozent zugenommen, die Landesregierung spreche hingegen von einem Rückgang um 4 Prozent. „Haben Sie heute Morgen schon ins Lenkrad gebissen?“, fragte [Carsten Löcker](#) (SPD) an Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gerichtet. Die aktuelle Statistik des ADAC zeige das „verkehrspolitische Versagen“ der Landesregierung. Angesichts des Sanierungstaus und notwendiger Bautätigkeiten gebe es nichts zu beschönigen, sagte [Nic Peter Vogel](#) (AfD). Es gelte, beim Straßenbau „auf die Tube zu drücken“ – ohne lange Planungszeiten und Stillstand auf Baustellen. [Arne Moritz](#) (CDU) erklärte die Differenz der Zahlen mit den unterschiedlichen Messmethoden: Die Methode der Landesregierung sei seit 2003 gleich, die Ergebnisse seien damit valide – anders als beim ADAC. „Sie haben mit den Zahlen vom ADAC Wahlkampf gemacht“, wandte Grünen-Fraktionschef [Arndt Klocke](#) ein. Eine deutliche Stauminderung in anderthalb Jahren seit Regierungsübernahme

sei nicht zu schaffen – ein Ende der Polemik gegenüber rot-grüner Verkehrspolitik hingegen schon. Schwarz-Gelb habe die Mittel für den Bau und die Erneuerung von Landesstraßen „drastisch erhöht“, sagte [Bodo Middeldorf](#) (FDP). Er sprach von einem „massiven Sanierungstau“. Die Lage auf den Straßen sei nicht zufriedenstellend, sagte Verkehrsminister [Hendrik Wüst](#) (CDU). Man werde „kräftig bauen“ und dabei trotzdem alles tun, um Staus zu vermeiden.

## „Sichere Herkunftsstaaten“

25.1.2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten diskutiert. Die Debatte war von den Fraktionen von CDU und FDP beantragt worden ([17/4886](#)). Hintergrund ist die Entscheidung des Bundestags, auch Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Allerdings muss der Bundesrat noch zustimmen. [Dietmar Panske](#) (CDU) sagte, die Anerkennungsquote von Asylanträgen von Flüchtlingen aus den betreffenden Staaten liege aktuell in Deutschland nur zwischen einem und fünf Prozent. Die Ausweitung der Liste von sicheren Herkunftsländern wiederum stärke das Asylrecht. „Wir können schneller erkennen, wer wirklich Asyl benötigt.“ [Marc Lürbke](#) (FDP) sagte, die geplante Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsländer sei u. a. ein Signal, das der illegalen Einwanderung entgegenwirke, wie das Beispiel der Westbalkan-Länder gezeigt habe. Das Asylrecht für Menschen, die Schutz in Deutschland vor Krieg, Terror und Verfolgung suchten, bliebe erhalten. [Lisa-Kristin Kapteinat](#) (SPD) sagte, dass weit mehr als 90 Prozent der Asylverfahren von Personen aus den vier Staaten „hoffnungslos“ seien und die Behörden belasteten. Es gebe zwar Personengruppen, die in diesen Ländern verfolgt würden. Für diese werde aber eine gesonderte Rechtsberatung verankert. [Berivan Aymaz](#) (Grüne) betonte, die Haltung ihrer Partei sei „ganz klar“: Mit den Grünen werde es keine Anerkennung von Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien als

sichere Herkunftsstaaten geben. Sie sprach von „Symbolpolitik“, die keine Probleme löse und verfassungsrechtlich „hoch fragwürdig“ sei. Wer sich bei komplexen Problemen nur mit einer Teillösung befasse, werde auch nur Teilerfolge erzielen, sagte [Gabriele Walger-Demolsky](#) (AfD). Entscheidend seien die Kontrollen an den Grenzen. Für die Arbeit der Behörden und Gerichte wäre eine Zustimmung des Bundesrats aber hilfreich, sagte sie. „Für uns steht das Grundrecht auf Asyl in unserer Verfassung nicht zur Disposition“, sagte Flüchtlingsminister [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). Die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer sei „kein Allheilmittel“, aber ein „wesentlicher Baustein, um mehr Ordnung in unser System zu bringen“.

## Integrationskurse

25.1.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen Integrationskurse für Geflüchtete verbessern. Sie beschreiben die Kurse in ihrem Antrag ([17/4445](#)) als „unverzichtbares Instrument für eine gelingende Integration“. Die Kurse, die die deutsche Sprache und auch Orientierung vermitteln sollen, würden aber zur Hälfte nicht abgeschlossen. Die Landesregierung solle deshalb u. a. die Chancen für Mütter erhöhen, indem sie Kinderbetreuung parallel zu den Kursen ermögliche, Module der Kurse auf dem Smartphone verfügbar mache und die Träger von Integrationskursen stärker in die Pflicht nehme: Die Träger sollen die Teilnahme rechtlich verbindlich dokumentieren und Sanktionsmöglichkeiten ausschöpfen, wenn jemand im Kurs fehle. Zwischentests sollten Aufschluss über bisherigen Lernerfolg geben. Auf Bundesebene solle die Landesregierung dafür werben, die Kurse zu verkleinern, sie allen Flüchtlingen aus nicht sicheren Herkunftsländern zu ermöglichen – auch berufsbegleitend –, den Deutschkurs bei Bedarf von 600 auf 900 Stunden zu erhöhen und die Wertevermittlung stärker zu berücksichtigen. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Integrationsausschuss überwiesen.



## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW. BANK** | [17/4800](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 23. Januar 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Änderung des Bergmannsversorgungsscheingesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/4579](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. Januar 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [17/4781](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. Januar 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9)** | [17/4832](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. Januar 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

**Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes** | [17/4668](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Januar 2019 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

**Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (AG InsO)** | [17/3947](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. Januar 2019 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes NRW** | [17/4112](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 2. Lesung am 24. Januar 2019 | angenommen

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes** | [17/4350](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexit-Übergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW)** | [17/4351](#) | Landesregierung | Ausschuss für Europa und Internationales | in Beratung

**Gesetz zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (17. Rundfunkänderungsgesetz)** | [17/4220](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes** | [17/4303](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/4304](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz)** | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz** | [17/3773](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften** | [17/3776](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | [17/3801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | [17/3777](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften** | [17/3569](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/3005](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks in Köln (WDR)** | [17/2759](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

# Mietwohnungen als Ferienapartments

## Anhörung zur Zweckentfremdung in Ballungsräumen

18. Januar 2019 – Entziehen Online-Vermittler wie „Airbnb“ dem Markt dringend benötigten Wohnraum? Um diese Frage ging es bei einer Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen. Über Online-Vermittler können Mietwohnungen als Ferienapartments gemietet werden.

Hintergrund der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion: „Zweckentfremdung von Wohnraum in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf bekämpfen: Das Wohnungsaufsichtsgesetz bedarfsgerecht fortentwickeln“ (17/3596). Die Nachfrage nach Wohnraum werde in Ballungsräumen immer größer. Besorgniserregend sei die Entwicklung von Online-Vermittlern, „da diese mit ihrem Geschäftsmodell dem Mietwohnungsmarkt zusätzlich potentiellen Wohnraum für die ansässige Bevölkerung entziehen“. Aus Mietwohnungen würden Ferienapartments. Allein in Düsseldorf würden fast 7.000 Wohnungen über das Reiseportal „Airbnb“ an Kurzzeitgäste vermietet.

Kommunen müssten deshalb in den Stand versetzt werden, wirkungsvoller gegen die Zweckentfremdung vorgehen zu können. Die Fraktion fordert u. a., das Wohnungsaufsichtsgesetz nach Berliner Vorbild fortzuentwickeln. Wer dort Wohnraum vermieten wolle, brauche die Genehmigung der Kommune. Diese wiederum könne bei akutem Wohnraumangel die Zweckentfremdung untersagen. Die Registrierung biete zudem „die Gelegenheit, die Steuerpflicht bei solchen Einkünften besser durchzusetzen“.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW hielt das Vorgehen in Berlin für sinnvoll. Hamburg habe ähnlich reagiert. Es sei erforderlich, „den Städten, Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens bei ihren Bemühungen zum Schutz des vorhandenen Wohnraumes in angespannten Märkten Rechtsinstrumente zur Seite zu stellen, die ein vergleichbares Vorgehen zu den Beispielen Berlin und Hamburg ermöglichen“. Das Wohnungsaufsichtsgesetz NRW und der zugehörige Leitfaden „bedürfen dafür einer entsprechenden Klarstellung oder sogar erweiterten Ermächtigung hinsichtlich der – wie in Berlin und Hamburg vorgenommenen – Regelungstiefe“.

### „Gesetz erhalten“

„Die Landesregierung habe im Koalitionsvertrag angekündigt, „Regelungen über die Zweckentfremdung aufzuheben bzw. das Wohnungsaufsichtsgesetz zu überprüfen“, hieß es in der Stellungnahme des Deutschen Mieterbundes für den Ausschuss. Er forderte den Erhalt des Gesetzes und einen „bedarfsgerechten Ausbau der Regelungen“. Man habe nichts dagegen, wenn einzelne Zimmer einer Wohnung zeitweise vermietet würden. Problematisch sei es aber, wenn „ganze Wohnungen zur Ferienvermietung vorgehalten und damit der Daseinsvorsorge entzogen werden“.

Der Landesverband Rheinisch-Westfälischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer (Haus & Grund)

empfehl, den Antrag abzulehnen. Im Dezember 2015 sei ein vom damals SPD-geführten NRW-Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in Auftrag gegebenes Gutachten zur Evaluierung der Zweckentfremdungsregelung veröffentlicht worden. Das Ergebnis sei „mehr als eindeutig“ gewesen: Nur Bonn, Dortmund, Köln und Münster hätten Satzungen erlassen, um die Nutzung von Wohnraum vorzuschreiben.

In Düsseldorf unterliege die „anderweitige Nutzung von Wohnraum“ seit Januar 2007 keinen rechtlichen Beschränkungen mehr, teilte die Landeshauptstadt in ihrer Stellungnahme mit. Obwohl der Rat eine Satzung ablehne, handle es sich um „ein wichtiges Thema für eine zukunfts-fähige Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in Düsseldorf“. Der „relevanteste Tatbestand“ der Zweckentfremdung sei derzeit die gewerbliche Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung. Nur: Eine verlässliche Datenbasis fehle.

### „Unzutreffende Analyse“

Die Stadt Köln begrüßte die Forderung nach einer Überprüfung des Wohnungsaufsichtsgesetzes. Die steigende Überlassung von Wohnraum zu touristischen Zwecken verschlechtere den ohnehin schon sehr angespannten Kölner Wohnungsmarkt und sei in einigen Stadtvierteln bereits zu einem großen Problem geworden.

Der Online-Vermittler „Airbnb“ bezeichnete die „Problemanalyse“ der SPD-Fraktion als „unzutreffend“. Für die These, dass Mieten stiegen, weil viele Wohnungen in Metropolen über „Airbnb“ und andere Anbieter an Touristen vermarktet würden, liege „keine Evidenz“ vor. Die für Düsseldorf genannten Zahlen entsprächen zudem nicht der Realität. Zum Stichtag 1. Oktober 2018 seien über das Portal rund 3.400 Unterkünfte auffindbar gewesen.

„Die professionalisierte, kontinuierliche Vermietung von Wohnraum über Homesharing-Plattformen wie Airbnb kann dem Markt Wohnraum entziehen und lokal existierende Wohnraumknappheit verschärfen“, befand das Institut der deutschen Wirtschaft. Für Nordrhein-Westfalen lasse sich jedoch „kein empirischer Beleg“ dafür erbringen. zab

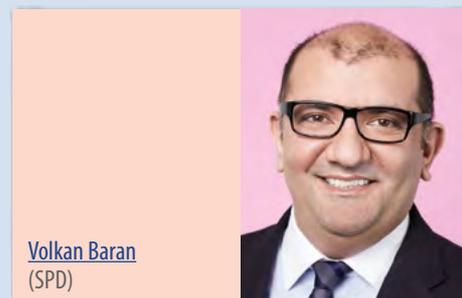
Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zur „Zweckentfremdung von Wohnraum“



**Wohnraum in Ballungsgebieten ...**

... ist knapper geworden. Die enorme Nachfrage führt dazu, dass Mieten steigen. Menschen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, fällt es so zunehmend schwerer, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden. Mit der neuen Landesbauordnung und der modernisierten öffentlichen Wohnraumförderung hat die NRW-Koalition die Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau bereits erheblich verbessert.

... wird durch Zuzug und weniger mietpreisgebundene Wohnungen immer knapper. Die Preisspirale dreht sich schneller. Für immer mehr Menschen wird Wohnen in der Stadt unbezahlbar. Das fördert Verdrängung in Außenbereiche der Städte. Räumliche Trennung von Arm und Reich ist sozial ungerecht, belastet den sozialen Frieden und ist langfristig Sprengstoff für unsere Gesellschaft.

**Mietwohnungen als Ferienapartments ...**

... können Tourismus und lokale Wirtschaft fördern. An vielen Messestandorten und in Ferienregionen haben sie eine lange Tradition und sind für Vermieter eine Nebenverdienstmöglichkeit. Dort, wo Wohnraum knapp ist, dürfen sie aber nicht dauerhaft dem Wohnungsmarkt entzogen werden. Wer gewerblich vermietet, muss sich an bestehende Regeln halten, um nicht in unfaire Konkurrenz zu Pensionen zu treten.

... gewerblich zu vermieten, hat mit dem ursprünglichen Gedanken von AirBnB und anderen Home-Sharing-Anbietern nichts zu tun. Vor allem in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt und attraktiven touristischen Angeboten nimmt dieser Wirtschaftszweig Überhand. Letztlich wird dem knappen Angebot vor Ort zusätzlich Wohnraum durch gewerbliche Ferienvermietung entzogen.

**Die Kommunen ...**

... kennen die Lage vor Ort am besten. Im Rahmen ihrer Selbstverwaltung können sie in Zusammenarbeit und unter Mithilfe des Landes die Rahmenbedingungen für mehr Wohnraum und einen attraktiven Wohnungsmarkt schaffen. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan und Initiativen zur Mobilisierung von Bauland hat die NRW-Koalition sie hierbei bereits tatkräftig unterstützt.

... müssen diese Fehlentwicklung aufhalten können. Sie brauchen eine Rechtsgrundlage, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu unterbinden. Kommunale Praktiker und Mieterschützer sind sich einig, dass neben der Verknappung von Wohnraum die Belastung angestammter Mieter durch Partylärm der Urlauber sowie die steuerrechtliche Problematik ernstzunehmende Gründe sind, um hier Grundlagen zu schaffen.

**Das Wohnungsaufsichtsgesetz ...**

... soll den Städten und Gemeinden auch dabei helfen, dass Wohnraum in angemessenem und bewohnbarem Zustand erhalten wird. Zudem ermächtigt es die Kommunen, eine sogenannte Zweckentfremdungssatzung zu erlassen, zum Beispiel um das sogenannte „Homesharing“ zu reglementieren. Als NRW-Koalition wollen wir das Wohnungsaufsichtsgesetz gemeinsam mit den Kommunen effizient weiterentwickeln.

... enthält in § 10 solche Regelungen. Diese sind aber nicht mehr ausreichend und müssen dieser Entwicklung angepasst werden. Große Städte wie Berlin, Hamburg oder Wien weisen den Weg. Home-Sharing-Angebote müssen bei Kommunen und Finanzämtern angezeigt werden. So erhält man auch eine verlässliche Datenbasis und mehr Kontrolle, um Wohnungsmärkte und Mieter zu schützen.



... ist heiß begehrt und vielerorts teuer geworden. Nachdem Rot-Grün dieser Entwicklung jahrelang tatenlos zugesehen hat, handeln wir jetzt. Mit der Reform des Baurechts und der Landesplanung sowie unserer Wohnraumförderung erleichtern wir die Modernisierung und den Neubau von Immobilien in den Großstädten und den sie umgebenden Landkreisen.

... wird es mit den Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft geben. In den meisten Fällen teilen hier Privatpersonen einzelne Zimmer oder ihre vorübergehend nicht selbst genutzte Wohnung mit anderen Leuten, die für ein paar Tage eine Bleibe suchen. Das ist wohnungspolitisch sinnvoll, zeitgemäß und gerade bei jungen Leuten und Familien beliebt.

... erkennen zunehmend, dass eine Überregulierung des Homesharings ihre Probleme am lokalen Wohnungsmarkt nicht lösen wird. Denn selbst in den Großstädten unseres Landes sind ganze, regelmäßig von privat an privat vermietete Unterkünfte eine vernachlässigbare statistische Größe. Vielmehr profitieren der örtliche Einzelhandel und die Gastronomie von zusätzlichen Gästen in der Stadt.

... wird überprüft – wie von FDP und CDU im Koalitionsvertrag vereinbart. Unser Ziel ist es, in NRW ein gutes gesellschaftliches Klima fürs Bauen und Vermieten zu schaffen und zu helfen, das Angebot an verfügbarem Wohnraum zu erhöhen. Nur so wird die Preisentwicklung gedämpft werden können und immer mehr Menschen in unserem Land ermöglicht, nach ihren persönlichen Bedürfnissen zu wohnen.



... ist ein knappes Gut. Viele Menschen sind auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, jede neu gebaute oder wieder zur Verfügung stehende Wohnung trägt mit zur Linderung der Wohnungsnot bei. Ganze Wohnungen dauerhaft an Touristen zu vermieten, um dadurch höhere Einnahmen zu erzielen, sollte in Städten mit Wohnraumangel nicht erlaubt sein. Unproblematisch ist das sogenannte Homesharing, da dabei nur einzelne Räume in Wohnungen an Touristen vermietet werden.

... sind in vielen touristischen Regionen in NRW kein Problem, da vor allem in ländlichen Gebieten kein Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht und damit auch Leerstand verhindert werden kann. Aber in Städten wie beispielsweise Köln oder Düsseldorf verschärfen sie die Wohnungsnot und sorgen für Konflikte mit der Nachbarschaft durch Lärm, Verschmutzung und rücksichtsloses Verhalten der Kurzzeitmieterinnen und -mieter.

... sollten in die Lage versetzt werden, Zweckentfremdung von Wohnraum konsequent unterbinden zu können, wo dies notwendig ist. Dazu gehört bspw. die Einführung einer Registrierungs- und Genehmigungspflicht für die touristische Vermietung von Wohnungen. Außerdem sollten Regelungen erlassen werden können, damit komplette Wohnungen gar nicht oder nur wenige Wochen im Jahr vermietet werden dürfen.

... muss dauerhaft erhalten und ergänzt werden. Den Kommunen sollte weiterhin ermöglicht werden, Zweckentfremdungssatzungen zu erlassen. Voraussetzung dafür ist, dass die Onlineplattformen zur Zusammenarbeit und zum Datenabgleich mit den Kommunen angehalten werden, damit die Finanz-, Bauaufsichts- und Ordnungsämter die Einhaltung der entsprechenden Regelungen vor Ort auch wirksam kontrollieren können.



... kann weder beliebig vermehrt noch in ausreichendem Umfang kostengünstig bereitgestellt werden. Die Wohnungsfrage ist allein mit „mehr öffentlichem Geld“ nicht zu lösen – zumal immer mehr Haushalte preisgünstigen Wohnraum nachfragen. Dies betrifft Studenten, Rentner, einkommensschwache Haushalte, aber auch Personen, die über die massive Zuwanderung aus dem Ausland in die Städte kommen.

... haben in den letzten Jahren – insbesondere für kurzfristige Übernachtungen über Internetportale – zunehmend an Bedeutung gewonnen. Bisher verursacht diese sog. sharing-economy in keiner Stadt in NRW ein wirkliches Wohnungsmarktproblem. Entscheidend ist, dass die Vermietung zulässig, eine Untervermietung durch den Eigentümer genehmigt ist und dass fällige Gebühren oder Steuern gezahlt werden.

... sollten nur dann tätig werden, wenn durch solche Vermietungen negative Folgen für die Wohnungsversorgung entstehen. Dies scheint bisher nur in Einzelfällen und insbesondere bezogen auf bestimmte Stadtquartiere in attraktiven Großstädten des Landes der Fall zu sein. Entsprechend haben deshalb bislang erst vier Städte von einer Zweckentfremdungssatzung Gebrauch gemacht.

... genügt in seiner bestehenden Ausfertigung den gegenwärtigen Anforderungen ohne Einschränkung. Die bisherigen Erfahrungen der mit einer Zweckentfremdungssatzung aktiv gewordenen Kommunen zeigen, dass das bestehende Regelwerk ausreichende Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

# „Das Parlament der Geheimnisse“

## Erste Landtagszeitschrift trotz Zweifeln und Bedenken

Januar 2019 – Ein Blick auf die Titelseite dieses Heftes zeigt: Die Parlamentszeitschrift erscheint im 50. Jahrgang. Am 8. Oktober 1970 lag die erste Ausgabe mit 750 Exemplaren frisch gedruckt vor. Und obwohl in der Entstehungszeit die einen oder anderen Zweifel an der Idee einer Parlamentszeitschrift laut geworden waren, war die Nachfrage so groß, dass innerhalb des ersten Jahres die Auflage auf 6.000 Exemplare anwuchs – wöchentlich, wohlgemerkt. In diesem Jahr wirft die Redaktion immer mal wieder einen Blick zurück, schaut hinter die Kulissen und in die 1.021 Ausgaben, die bisher erschienen sind.

Zehn eng beschriebene Seiten, 21 Überschriften und sechs Bilder, so sah die allererste Ausgabe aus. Eingerahmt waren die Mitteilungen „Aus dem Plenum“. Die Leserschaft erfuhr von den 15 Ausschüssen und drei Sonderausschüssen, die der noch frische 7. Landtag eingesetzt hatte. Themen im Heft waren etwa Studienplätze, die Mitbestimmung im Schulwesen und Petitionen. Nachrichten aus den drei Fraktionen CDU, SPD und FDP, die dem 7. Landtag angehörten, schlossen sich an, ebenso Programminweise. Schließlich sollten die Bürgerinnen und Bürger wissen, wann und wo in Hörfunk und Fernsehen landespolitische Berichterstattung zu erwarten war. Personalien und humorige Notizen durften nicht fehlen. Kurz: Landtag Intern klang, als sei es immer schon da gewesen.

Aber weit gefehlt. Als im Jahr 1969 die Idee einer Landtagszeitung aufkam, gab es durchaus Zweifel: Ob eine Redaktion überhaupt genügend Stoff finde, über den zu berichten sei? Ob politisch ausgewogene Artikel nicht zwangsläufig langweilig zu lesen seien? Ob die Redaktion

unabhängig genug sein könne, um neutral zu berichten? Ja, und schließlich: Gebe es überhaupt einen Markt und Bedarf für eine Parlamentszeitschrift?

Auch die inhaltliche Konzeption war ungewiss: Vorbilder gab es keine. Der Parlamentszeitung des Bundestags sprach so mancher die Wirksamkeit ab, und kein anderer Landtag hatte ein inhaltlich aufbereitetes Informationsblatt – höchstens eine „Aneinanderreihung von gekürzten und notdürftig bebilderten Sitzungsprotokollen“, wie sich die Redaktion 20 Jahre später zurückerinnert (nachzulesen in der Sonderausgabe „20 Jahre Landtag Intern“).

### Parlamentsreform

Diskutiert wurden solche Fragen im Jahr 1969 im Sonderausschuss für Parlamentsreform, den der 6. Landtag eingesetzt hatte. Die damaligen Präsidenten des 6. und des 7. Landtags, John van Nes Ziegler und Dr. Wilhelm Lenz, vertraten den Anspruch, die vielfältige Arbeit des

Landtags offenzulegen. Hinter diesem Vorhaben standen alle im Landtag vertretenen Parteien. Der Sonderausschuss hatte deshalb die Aufgabe, die Parlamentsarbeit effizienter und transparenter werden zu lassen.

„Landtag Intern war Kind einer Zeit, die mehr Demokratie wagen wollte“, schrieb der Journalist Dr. Wolfram Köhler 20 Jahre später rückblickend über die Entstehungsgeschichte von Landtag Intern. „Die Jugend rebellierte gegen die alten Autoritäten, Notstandsgesetze, terroristische Anschläge, Vietnamkrieg, aber auch Universitätsreform, mehr Überschaubarkeit in der Politik“, erinnerte Köhler an die Geschehnisse der Zeit.

Im Ziel hin zu mehr Transparenz war man sich einig. Wie aber konnte es dem Landtag gelingen, mehr Öffentlichkeit herzustellen? Die Medien berichteten stets eher über Bundes- und Lokalpolitik als über Landesfragen und Journalisten gaben durchaus zu verstehen, dass der Platz hierfür begrenzt sei. Die Abgeordneten sahen sich mit dem Problem kon-

Ort des parlamentarischen Geschehens von 1949 bis 1988:  
das Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenspiegel (Archivbild von 1971)



# „Geheimniskrämerei ist tot“

frontiert, dass die Entscheidungen, die sie im Plenum trafen und die Auswirkungen auf die 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens hatten, nur zu einem gewissen Teil publik wurden. „Das einzige, was geheim bleibt, ist das, was im Plenum gesagt wird“, scherzte damals der CDU-Abgeordnete Richard Fellmann.

## Raum für Debatte

Als eine von mehreren Maßnahmen stellte sich eine Landtagszeitung dar. Im Sonderausschuss präsentierte der damalige Pressechef des Landtags sein Konzept hierzu: Das Medium wolle der Tagespresse keine Konkurrenz machen, sondern vielmehr (als dort möglich) dem parlamentarischen Willensbildungsprozess und der Debatte Raum geben. Rund zehnmal im Jahr solle sie politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für die Beurteilung der Arbeit im Landesparlament dienen – kostenlos und frei von Anzeigen. Inhaltlich solle sie etwa je zur Hälfte über die Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse, die damals unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagten, be-

richten. Auch Themen, die aktuell in anderen Landtagen auf der Tagesordnung stünden, seien zu berücksichtigen, ebenso wie die Arbeit der Fraktionen, Kommentare aus der Presse und Wahlergebnisse. Nach der Vorstellung des Konzepts, so lässt es sich im Protokoll der Sonderausschusssitzung nachlesen, wurde befunden, der Ausschuss sehe die Herausgabe einer Landtagszeitung als „gegenwärtig nicht entscheidungsreif“ an.

Der damalige Geschäftsführer der FDP-Fraktion regte jedoch die Produktion von drei Null-Nummern eines wöchentlichen landtags-internen Informationsdienstes an – schon die erste fand Beifall bei allen Fraktionen. Die Publikation erschien fortan wöchentlich zum Wochenende unter dem Namen „Landtag Intern“. Zu dieser Namensgebung erklärt der damalige Landtagspräsident Lenz auf Seite 1 der ersten Ausgabe: „In dieser Firmierung kommt zum Ausdruck, dass das ‚Parlament der Geheimniskrämerei‘ tot ist.“ Der Landtag sei der Gesellschaft in einer freiheitlichen parlamentarisch-demokratischen Staatsform verpflichtet und

„Landtag Intern“ sei ein Mittel, diese Verpflichtung einzulösen. „Start frei für das ‚Parlament der offenen Tür!“

Der Informationsdienst richtete sich anfangs ausschließlich an die Abgeordneten und Pressevertreter, wurde aber vehement nachgefragt. In Ministerien, Ämtern und Behörden, in Kommunen und Unternehmensverbänden und nicht zuletzt bei Bürgerinnen und Bürgern wuchs das Interesse an der Zeitschrift, die auch zunehmend im Schulunterricht Verwendung fand.

Im Jahr 1976 adressierte die Redaktion einen Text an ihre Leserschaft, bedankte sich für die Treue und regte Sammelbestellungen im Kollegenkreis und die Bildung von Lesezirkeln an, um den gestiegenen Kosten für Druck und Versand Rechnung zu tragen. Zu diesem Zeitpunkt erschien Landtag Intern bereits mit einer Auflage von 26.000 Exemplaren. Zwei Jahre später, 1978, begrüßte der Landtag eine 17-jährige Schülerin: Sie bezog das 30.000. Exemplar der Parlamentszeitschrift.

Heute sieht Landtag Intern etwas anders aus, auch mancher Inhalt hat sich geändert. Eines ist gleichgeblieben: der Anspruch, ausgewogen zu berichten, nach außen öffentlich zu machen, was innen im Landtag passiert. Der Name ist Programm. SOW



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Präventive Maßnahmen für die Gesundheit – Werkstattgespräch der CDU-Fraktion

Überforderung, Stress – das ganz einfache „Ich kann nicht mehr“ auf der Arbeit kann auf Dauer dafür sorgen, dass wir krank werden. Das muss nicht so sein, kommt aber Studien zufolge seit den frühen 2000er Jahren proportional immer häufiger vor. Grund genug für die CDU-Fraktion, sich dieses Themas in dem erprobten Format des Werkstattgesprächs anzunehmen. Im Austausch mit Experten und Praktikern ging es um die Gründe, um das Erkennen der Anzeichen und darum, wie Prävention helfen kann, die Gesundheit von Arbeitnehmern zu verbessern. „Bei den Gründen für eine Arbeitsunfähigkeit stehen psychische Erkrankungen inzwischen an zweiter Stelle, für eine Berufsunfähigkeit sogar an erster Stelle. Nicht nur mit Blick auf die Kosten für Sozialversicherungsträger und Wirtschaft, sondern auch auf die Arbeitskräfte-



Werkstattgespräch „Frühe psychische Hilfen im Betrieb“

sicherung und den Fachkräftemangel, müssen wir die Gesundheit der Beschäftigten schützen und erhalten. Daher ist es umso wichtiger, dass wir Arbeitsbedingungen schaffen, die es den Beschäftigten erlauben, immer länger gesund, kompetent und motiviert am Erwerbsleben teilzuhaben“, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher Peter Preuß. Viele wichtige Impulse kamen bei dem Werkstattgespräch zusammen:

eine bessere Vernetzung zwischen Betriebsärzten und Kliniken zum Beispiel: Die Zusammenarbeit in solchen betriebsnahen Versorgungsnetzwerken macht eine rechtzeitige Diagnostik und eine schnelle Therapieeinleitung möglich. Dadurch wird der Krankheitsverlauf verkürzt. Die Politik kann sich zur Vorbeugung von psychischen Erkrankungen bei den Rahmenbedingungen einbringen. Dafür muss sie Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung sowie Prävention in den Blick nehmen. Bei der Lösung all dieser Probleme ist der ständige Dialog ein wichtiger Faktor.



### Wege aus der Schuldenfalle

Wer erst einmal in der Schuldenfalle steckt, kommt oft nicht mehr da raus. In den meisten Fällen mündet der Weg in die Privatinsolvenz. Eine persönliche Katastrophe. Und leider sind davon in Deutschland immer mehr Menschen

betroffen. Laut Schuldneratlas von Creditreform ist die Überschuldung von Privatpersonen seit 2014 zum fünften Mal in Folge angestiegen. Auch in NRW ist die Lage besorgniserregend. Hier sind 11,7 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger von zu hohen Schulden betroffen.

„Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Schuldner- und Insolvenzberatung sind in den vergangenen Jahren massiv angestiegen“, sagt Inge Blask, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Es braucht unbedingt neue Initiativen, um die wachsende Überschuldung abzumildern und Insolvenzen deutlich zu reduzieren.“

Zur Diskussion über die erforderlichen Maßnahmen hat die SPD-Landtagsfraktion jetzt zu einem Werk-

stattgespräch eingeladen. Als Vorbild für „Hilfen aus der Schuldenfalle“ diente ein Weg, den im vergangenen Jahr der bayerische Landtag eingeschlagen hat. Im Juli 2018 haben alle Fraktionen in einem gemeinsamen Beschluss dafür gesorgt, dass die Schuldnerberatung und die Insolvenzberatung sowohl organisatorisch als auch finanziell zusammengelegt werden. In NRW allerdings sind zurzeit noch die Kommunen für die Schuldnerberatung zuständig, das Land aber für die Insolvenzberatung. „Das müssen wir dringend ändern. Die Betroffenen brauchen die bestmögliche Hilfe aus einer Hand“, so Inge Blask. Die SPD-Fraktion wird eine entsprechende Zusammenlegung im Plenum beantragen.



## Europabegeisterung beim Neujahrsempfang



Motiviert, optimistisch und mit guten Nachrichten – so startete die FDP-Fraktion ins neue Jahr. Unter dem Motto Chancen2019 hatten Landtagsfraktion und Landesverband zum traditionellen gemeinsamen Neujahrsempfang eingeladen. Mehr als 1.000 Gäste ließen sich mit Reden vom FDP-Fraktionsvorsitzenden

Christof Rasche, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Joachim Stamp und Gastrednerin Beate Meinl-Reisinger, Vorsitzende der NEOS Österreich, auf das neue Jahr mit viel Europa-Begeisterung einstimmen.

„Dieses Jahr feiern wir 70 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Das Land ist weit gekommen und hat sich toll entwickelt. Es gibt jedoch auch große Herausforderungen, vor denen Deutschland in Europa und auf der Welt steht. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Zukunft durch Chancen für alle zu gestalten und den Zusammenhalt im Land zu stärken. So können wir dazu beitragen, dass NRW das starke, freie und weltoffene Land im Zentrum Europas bleibt“, betonte Christof Rasche in seiner Rede.

Die FDP-Landtagsfraktion arbeitet tagtäglich daran, dass NRW zum Chancenland wird.

Eine verlässliche Bildungspolitik, die Stärkung der frühkindlichen Bildung, eine Haushaltspolitik, die auf Generationengerechtigkeit setzt, sowie eine kluge Balance von Ökologie und Ökonomie – das ist der Kurs, den Nordrhein-Westfalen in Regierungsverantwortung von FDP und CDU eingeschlagen hat.

Mit einer leidenschaftlichen Rede über Europa begeisterte Beate Meinl-Reisinger die Besucher. „Wer sich mit Populisten ins Bett legt, wacht in illiberalen Demokratien auf“, mahnte sie. Der Gegenpol zu Populisten sind liberale Demokraten, unterstrich die Österreicherin.



## Große Anfrage offenbart erheblichen Handlungsbedarf im Tierschutz

Tierschutz steht seit vielen Jahren immer wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Eine besondere Aufmerksamkeit richtet sich hierbei meist auf die landwirtschaftliche Nutztierhaltung und die ihr nachgelagerte Schlachtbranche: Hier sorgen insbesondere die von Tierschützer\*innen veröffentlichten Bilder immer wieder für berechtigte Empörung.

Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutender Standort der Tierhaltung für Deutschland und Europa. Für eine gute Zukunft des Agrarsektors wird entscheidend sein, ob die Einhaltung von Tierschutzrecht gelingt, denn die Mehrheit der Gesellschaft lehnt die Intensivtierhaltung in ihrer heutigen Form ab. Mittlerweile ist die Art der

Tierhaltung für die Kaufentscheidung ein wichtiges Qualitätskriterium für Verbraucher\*innen geworden. Es ist daher entscheidend, den Umbau der Nutztierhaltung hin zu einer artgerechteren einzuleiten.



Die Beantwortung der Großen Anfrage 7 „Tierhaltung und Tierschutz in Nordrhein-Westfalen“, über die der Landtag im Januar-Plenum debattierte, offenbart neben der Tierhaltung auch für alle anderen Bereiche der Fleischproduktion – über Tiertransporte bis zur Schlachtung – einen grundlegenden Überarbeitungsbedarf. Wichtige Schlüssel dazu sind eine Verbesserung der Personalsituation der Veterinärämter sowie eine Erhöhung der Kontrollfrequenzen in allen Bereichen.



## Neujahrsempfang 2019 der AfD-Landtagsfraktion NRW

Mit einem großen Fest und eindrucksvollen Reden feierte die AfD-Fraktion am 11.01.2019 ihren diesjährigen Neujahrsempfang. Fast 900 Gäste nutzten die Gelegenheit, in festlicher Atmosphäre Informationen über die Fraktion aus erster Hand zu bekommen und deren politische Erfolge des vergangenen Jahres zu feiern. Ein perfekter Rahmen auch für die Fraktion, um ihre Arbeit zu präsentieren und für ihre parlamentarische Tätigkeit hilfreiche Kontakte zu knüpfen. Den offiziellen Teil eröffnete Fraktionsvorsitzender Markus Wagner mit einer so eindringlichen wie mitreißenden Begrüßungsrede. Unter dem begeisterten Applaus der Zuhörer versicherte Wagner noch einmal ausdrücklich, dass die Fraktion auch weiterhin eine wirkungskräftige



und nimmermüde Opposition darstellen will gegen die „Heilige Vierfältigkeit“ aus CDU, SPD, FDP und Grünen. „Alle gegen einen macht uns nur entschlossener!“

Nicht ohne Stolz konnte die Fraktion als Hauptredner den Historiker, Theologen, Philosophen und Mitgründer des Instituts für Staatspolitik, Dr. Karlheinz Weißmann, präsentieren. Weißmann machte deutlich, wie und warum „der geradezu kometenhafte Aufstieg der AfD

die Parteienlandschaft so wesentlich verändert hat“. Und obwohl Institutionen und Medien alles in ihrer Macht stehende versuchen, die Partei zu (ver)hindern, fand der Historiker eine zusehender Prognose: „Die Dämonen von gestern können schnell die Götter von morgen sein!“ Ein dauerhafter Erfolg müsse hart erarbeitet werden. „Es ist eine bleibende Herausforderung für die AfD, sich gründlich zu fundieren und zugleich ein breites Meinungsspektrum abzubilden.“

Dieses Wort ist uns Anerkennung und Ansporn zugleich. Wir freuen uns auf 2019!





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Diabetes-Erkrankungen

9.1.2019 – Die Stoffwechselerkrankung Diabetes nimmt weltweit und auch in Nordrhein-Westfalen zu. Das geht aus einem Bericht der Landesregierung hervor, über den Abgeordnete im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales diskutiert haben ([Vorlage 17/1541](#)). Die Zahl der an Diabetes erkrankten Personen sei bundesweit von 8,9 Prozent im Jahr 2009 auf 9,8 Prozent im Jahr 2015 gestiegen. Mit einer Rate von 9,1 Prozent der erfassten Personen habe Nordrhein-Westfalen zuletzt unter dem Bundesdurchschnitt gelegen, heißt es im Bericht. Die Zahl der Erkrankten sei in der Altersgruppe der 80- bis 85-Jährigen mit 32 Prozent bei Frauen und 34 Prozent bei Männern im Jahr 2015 am höchsten gewesen. Die Zahlen bezögen sich auf gesetzlich Versicherte, privatärztliche Daten könnten nicht erhoben werden. Zur Eindämmung der Krankheit unterstütze das Land Nordrhein-Westfalen u. a. Forschungseinrichtungen wie das Deutsche Diabetes-Zentrum in Düsseldorf und stelle umfangreiche Informationen durch das Landeszentrum Gesundheit NRW bereit. Zudem werde die Präventionsarbeit gestärkt, um Auslöser für gesundheitliche Probleme wie Bewegungsmangel oder Übergewicht in den Griff zu bekommen.

## Notfallsanitäter

9.1.2019 – Mit Problemen der Finanzierung der Ausbildung von Notfallsanitätern hat sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit befasst. Der Beruf des Notfallsanitäters war 2014 geschaffen worden. Er soll bis 2027 den des Rettungssanitäters ersetzen. Wer die Kosten für die Aus- und Fortbildung in welcher Höhe übernimmt, dazu herrschen bundesweit unterschiedliche Ansichten, auch in Nordrhein-Westfalen. Das geht aus einem Bericht der Landesregierung ([Vorlage 17/1543](#)) hervor. Dem 2015 beschlossenen Rettungsgesetz NRW zufolge seien Kosten für die Ausbildung von

Notfallsanitätern dem Rettungsdienst zugeordnet, heißt es im Bericht. Es gebe ein umfassendes Regelwerk zur Finanzierung – aber auch die Auffassung von Krankenkassen, die Ausbildung nicht in vollem Umfang zu refinanzieren. „Wir müssen feststellen, dass wir ein großes Problem mit der Umsetzung des Landesgesetzes haben“, sagte Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU). Die Landesregierung moderiere Gespräche zwischen Kommunen und Krankenkassen, um Lösungen für alle 53 Kommunen von Nordrhein-Westfalen zu finden. Ein Finanzierungserlass werde aktuell überarbeitet. Sollte sich bis zur Sommerpause keine Lösung abzeichnen, müsse notfalls das Rettungsgesetz NRW angepasst werden.

## Jugendaustausch

11.1.2019 – Im Europaausschuss haben sich die Abgeordneten über die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) informiert. Aufgabe der Organisationen ist nach eigenen Angaben der internationale Austausch junger Menschen. Jährlich komme es zu etwa 9.000 Begegnungen, an denen rund 200.000 französische und deutsche Jugendliche beteiligt seien. Im deutsch-polnischen Austausch kämen etwa halb so viele Menschen miteinander in Kontakt, die meisten im Rahmen von schulischem Gruppenaustausch. Die Jugendwerke bewilligten mit den Geldern, die ihnen staatlicherseits zur Verfügung gestellt würden, entsprechende Anträge von Schulen, Vereinen oder Verbänden nach bestimmten Kriterien. Die Jugendwerke finanzierten neben dem Schüleraustausch auch die Mobilität im Beruf, etwa durch Praktika und Hospitationen im jeweils anderen Land. Der deutsch-französische Austausch sei darüber hinaus auch an Hochschulen und im Freiwilligendienst möglich. „Wir stellen Geld, Beratung und Organisation zur Verfügung“, sagte Stephan Erb, Geschäftsführer des DPJW. Die Wertschätzung und Unterstützung

der Einzelpersonen, die sich für einen solchen Austausch engagieren, sei aber ebenso wichtig. „Für jede Begegnung gibt es eine Gegenbewegung“, erklärte Lisa Kenning, Projektbeauftragte im Generalsekretariat des DFJW, den Abgeordneten und betonte: „Im Rahmen von solchen Begegnungen kann ganz viel an Stereotypen und Barrieren in den Köpfen abgebaut werden.“

## Angriff auf Gerichtsvollzieherin

16.1.2019 – Der Rechtsausschuss hat sich mit einem Übergriff auf eine Gerichtsvollzieherin in Bochum im November vergangenen Jahres befasst. Die Täterin sei bereits zuvor als gewalttätig aufgefallen, heißt es in einem Bericht der Landesregierung ([Vorlage 17/1563](#)). Bei einer Zwangsäumung habe die Polizei im Jahr 2017 eine Sportschützenwaffe, eine Machete, eine Harpune und andere Waffen sichergestellt. [Sven Wolf](#) (SPD) kritisierte, Justizminister [Peter Biesenbach](#) (CDU) habe den Rechtsausschuss im November 2018 über den Tathergang in Bochum falsch informiert und darauf verwiesen, es hätten zum Tatzeitpunkt keine Anzeichen einer möglichen Gefährdung gegeben. Der Minister habe anschließend versäumt, seine „Falschaussagen“ zu korrigieren; aus einer unbeabsichtigten sei so „eine beabsichtigte Vertuschung“ geworden. [Christian Mangen](#) (FDP) wies darauf hin, das Oberlandesgericht Hamm habe erst am 7. Dezember 2018 erkannt, dass die Täterin vor dem Übergriff in Bochum gewalttätig aufgefallen war. Daraus resultiere das Informationsdefizit gegenüber dem Rechtsausschuss. Die einseitige Kritik der Opposition sei „völlig neben der Spur“. [Stefan Engstfeld](#) (Grüne) kritisierte, der Justizminister habe das Parlament schon nach dem Tod eines unschuldig inhaftierten Syrers in Kleve unzureichend informiert. Biesenbach erklärte, die Vorwürfe gegen ihn seien „Stimmungsmache“; er werde alle Fragen der Opposition beantworten, aber keine vorschnellen Ergebnisse liefern, die er nachträglich womöglich korrigieren müsse.

# Porträt: Andreas Keith (AfD)



Wenn es nach seinen Großeltern gegangen wäre, dann säße Andreas Keith heute nicht als Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, sondern als CDU-Abgeordneter im Kreistag von Ludwigshafen und würde auf dem familieneigenen Hof Obst, Wein und Spargel anbauen. Im Zentrum der Pfalz hat der heute 51-Jährige seine Wurzeln; und an der Pfalz hängt auch heute noch sein Herz, dort protestierte er gegen die Stationierung von US-amerikanischen Pershing-II-Raketen und die Lagerung von chemischen Waffen im nahen Fischbach, dort schloss er sich der Jungen Union an. Dort endete auch seine erste politische Laufbahn, als er auf einer Diskussionsveranstaltung in Schifferstadt dem damaligen Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl eine Frage nach den Raketen stellte, die der als ausgesprochen frech empfunden habe.

Die Liebe und der Beruf verschlugen den gelernten Forstwirt Jahre später ins Rheinland nach Leverkusen, wo er sich mittlerweile auch zu Hause fühlt. Das Interesse an Politik hatte nicht nachgelassen und lag wohl in der Familie. Mit Eltern und Großeltern war regelmäßig über aktuelle politische Fragen diskutiert worden, ein Cousin ist Gründungsmitglied der Grünen in Rheinland-Pfalz. Keith fühlte sich damals von den Thesen Bernd Luckes, einer der Gründer der AfD, angesprochen und reiste eigens nach Hannover, um Lucke zu hören und kennenzulernen. Als Lucke erfuhr, dass Keith u. a. in einer Agentur für die damals neu entstehenden Social Media arbeitete, verpflichtete er ihn gleich zur damals noch ehrenamtlichen Tätigkeit für die AfD in diesem Bereich. 2013, als aus der Bewegung auf dem Gründungskongress in Oberursel im Taunus eine Partei wurde, war Keith eines der ersten Mitglieder.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Andreas Keith, der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Der 51-jährige gelernte Forstwirt stammt aus der Pfalz und lebt heute im Rheinland.

Die Themen, die ihn damals bewegten, waren ganz andere als die Probleme, mit denen die AfD heute in erster Linie in Verbindung gebracht wird. Keith ging es damals um das Thema Demokratie, etwa die direkte Wahl des Bundespräsidenten und die Stärkung von dessen Position, er plädierte für mehr Volksentscheide und teilte Luckes Kritik an der EU-Bürokratie in Brüssel. Als Lucke 2015 den parteiinternen Machtkampf gegen Frauke Petry und andere Widersacher verlor und sich verabschiedete, kam für Keith selbst allerdings ein Austritt nicht in Betracht: Er hatte die neue Partei, die überall in Deutschland regionale Verbände gründete und bei Wahlen zunehmend erfolgreich war, zu seinem eigenen Ding gemacht.

## Wandern und Fußball

Keith ist überzeugt, dass Deutschland die AfD als „konservative Partei“ braucht. „Wenn man das als rechts bezeichnet, bin ich eben rechts.“ Er denkt an die vielen Menschen, denen die Entwicklung in allen möglichen Bereichen zu schnell geht, die sich nach Heimat, nach Geborgenheit, nach einer vertrauten Umgebung sehnen. Für diese Menschen soll die AfD nach seiner Vorstellung eine demokratisch legitimierte Stimme sein. Rechtsextremistische Tendenzen, die der AfD immer wieder vorgehalten werden, kann er im nordrhein-westfälischen Verband, wo er auch Landesgeschäftsführer war, nicht erkennen. Er macht aber kein Hehl daraus, dass die Sprache, die besonders in ostdeutschen Verbänden häufig zu hören ist, nicht die seine ist. Damit käme man in den neuen Ländern vielleicht auf bessere Ergebnisse, in der alten Bundesrepublik schreckten solche Töne aber viele Menschen ab. Keith ist in diesem Sinne eigenen Angaben zufolge mit seinen ostdeutschen Parteifreunden im Dialog, er vertraut dabei auch auf den innerparteilichen Lernprozess.

Viel Zeit für Privatleben bleibt ihm neben seiner Arbeit im Landtag und seiner Funktion in der Partei nicht, im vergangenen Jahr war er an 30 Wochenenden im Einsatz. Wenn ihn die Politik mal loslässt, geht er mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen gerne wandern und zwar sowohl in seiner neuen wie auch in seiner alten Heimat. Leidenschaftlich gerne spielt Keith Fußball und war auch schon für den FC Landtag im

Einsatz. Sein Herz schlägt aber für den 1. FC Kaiserslautern, mittlerweile Drittligist. Wenn der FCK zu Auswärtsspielen nach Krefeld, Köln oder Münster reisen muss, dann ist Keith auf der Tribüne anzutreffen.

*Peter Jansen*

## Zur Person

Andreas Keith (51) hat eine Ausbildung zum Forstwirt und eine Weiterbildung zum Forsttechniker absolviert. Seit 2013 ist er Mitglied der AfD. Er ist Gründungsmitglied des Landesverbandes NRW sowie Mitglied des Landesvorstands. Keith ist verheiratet und hat zwei Kinder.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

John Irving: Gottes Werk und Teufels Beitrag: Eine mitreißende Beschreibung des Dilemmas, sich zwischen Gut und Böse entscheiden zu müssen – und dann festzustellen, dass es nicht immer ein Gut oder Böse gibt. Zudem finde ich es faszinierend, dass es Menschen gibt, die unendlich traurige Geschichten erzählen können und ihre Leser trotzdem nicht mutlos machen, sondern das Gefühl vermitteln, dass zumindest einige Sonnenstrahlen, ganz vorsichtig, immer dann für Aufhellung sorgen, wenn man den Tränen nahe ist.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Mit großer Begeisterung höre ich Singer und Songwriter wie David Gray oder Natalie Merchant.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch. Ohne Milch geht bei uns nichts. Ob im Müsli, als Kakao oder einfach so: Die Milch macht's!

### Ihr liebstes Reiseziel?

Kroatien. Eines der schönsten Segelreviere in Europa, mit traumhaften Inseln und beeindruckenden Landschaften. Dabei voller Kultur und Geschichte, vor allem aber geprägt von unglaublich freundlichen, hilfsbereiten Menschen mit einer großen Gelassenheit.

## Kurz notiert

### „Landtag macht Schule“

Der Landtag lädt 2019 erneut zu den Aktionstagen „Landtag macht Schule“ ein. Schulklassen aus dem ganzen Land können sich zur Teilnahme an dem Informationsprogramm bewerben. Die drei Aktionstage finden am Dienstag, 26. Februar 2019, Mittwoch, 27. Februar 2019, und Mittwoch, 29. Mai 2019, statt. Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse erfahren Demokratie live im Landtag, erhalten einen Einblick in die Arbeitsweise des Landesparlaments und können über aktuelle Themen diskutieren. Anmeldungen per E-Mail: [besucherdienst@landtag.nrw.de](mailto:besucherdienst@landtag.nrw.de).

### Weimar im Westen

Noch bis 7. Februar 2019 ist im Landtag die Ausstellung „Weimar im Westen – Republik der Gegensätze“ der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland zu sehen. 100 Jahre nach Beginn der ersten deutschen Demokratie werden u. a. bislang unbekannte Fotos und Filme aus der Zeit zwischen 1918 und 1933 gezeigt. Die Ausstellung kann an den für Besucherinnen und Besucher geöffneten Wochenenden jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung besichtigt werden. Mehr Informationen unter [www.weimar-im-westen.de](http://www.weimar-im-westen.de).

### Zu Gast im Landtag

Leiterinnen und Leiter von Justizvollzugsanstalten aus Nordrhein-Westfalen haben auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, das Landesparlament besucht. Der Präsident begrüßte die rund 30 Gäste sowie den Minister der Justiz, Peter Biesenbach, den Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dirk Wedel, und Christian Mangel, Vorsitzender der Vollzugskommission des Landtags. Kuper würdigte die „herausfordernde Tätigkeit“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten. „Der Gesetzgeber beschließt, was tagtäglich in den Justizvollzugsanstalten umgesetzt werden muss. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten sind den Zielen der Demokratie verpflichtet. Deswegen ist es wichtig, dass wir miteinander im Gespräch sind.“

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 26. Februar 2019.

### Gestorben

1.1. Dr. Irmgard Klingbeil (CDU/83)  
MdL 1995-2000

## Sternsinger bringen Segen

Die Sternsinger haben auch zu Beginn dieses Jahres den Segen in den Landtag gebracht. Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth begrüßte 15 Mädchen und Jungen der Kirchengemeinde St. Martin aus Düsseldorf. „Eure Botschaft, dass jede und jeder sich mit seinen Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen kann, ist gerade jetzt wichtig. Euer Engagement für Kinder in Not ist großartig und wird auch in diesem Jahr vielen Kindern weltweit eine große Hilfe sein. Dafür danke ich euch herzlich“, sagte die Vizepräsidentin. In diesem Jahr steht die Aktion unter dem Motto „Segen bringen, Segen sein. Wir gehören zusammen – in Peru und weltweit!“ Sie nimmt Kinder mit Behinderungen vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern in den Blick. In Peru und weiteren Ländern der Welt soll der Erlös des Sternsingers Projekte unterstützen, die die Situation der Kinder verbessern.

Foto: Schälte

